

RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

Verantwortungsvolle und moderne Netzpolitik

Grundlage für eine stabile Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Stärke und Innovation

Die moderne Computertechnologie mit ihrer zunehmenden Vernetzung verändert unser gesellschaftliches, kulturelles und wirtschaftliches Leben mit großer Geschwindigkeit – auch weil die Corona-Krise den digitalen Wandel enorm beschleunigt. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag kämpfen für starke Grundrechte und eine wehrhafte Demokratie in der digitalen Welt, gesellschaftliche Medienkompetenz als Basis für Medien- und Meinungsvielfalt sowie für gleichberechtigte soziale und wirtschaftliche Teilhabe, die sich auf Netzneutralität, den Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten sowie auf das Recht auf Verschlüsselung stützt.

Für starke Grundrechte und gegen rechtsfreie Räume in der digitalen Welt

Auch im Internet müssen Urheber- und Verwertungsrechte, Persönlichkeitsrechte, Privatsphäre und Jugendschutz gewahrt bleiben. Ein Leistungsschutzrecht für digitale Inhalte muss an erster Stelle die Leistungserbringer schützen, etwa Journalisten, Kreative, Künstler, Autoren und Wissenschaftler – also alle, die digitale Inhalte und Leistungen erbringen. Aber auch vermittelnde Plattformen und Betreiber aggregierender Algorithmen haben berechnete Interessen. Ein modernes Urheberrecht für digitale Inhalte muss einen Ausgleich zwischen den Interessen von Kreativschaffenden, Verwerter und Nutzer zum Ziel haben. Ehrenamt, Vereine, Kommunen aber auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler werden wir dabei unterstützen, diese Anforderungen erfüllen zu können.

Recht auf geschützte und freie Meinungsäußerung

Das Recht auf anonyme Meinungsäußerung im Internet muss als fundamentaler Bestandteil der Meinungsfreiheit erhalten bleiben. Das ist vor allem für Minderheiten unverzichtbar, die bei einer Offenlegung ihrer Identität direkten Anfeindungen, Einschüchterungen oder Übergriffen ausgesetzt sein können. Es darf nicht sein, dass die

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Angst vor Repressionen dazu führt, dass sich verwundbare Teile der Gesellschaft nicht mehr zu Wort melden.

Grenzen der Digitalisierung zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten

Dort, wo die Digitalisierung systembedingt an ihre Grenzen stößt, hat der Schutz von Demokratie und Menschenwürde oberste Priorität. Parlamentarische Wahlen können deswegen nicht per eVoting abgehalten, Zahlungsflüsse nicht ausschließlich digitalisiert, die anlasslose automatisierte Gesichtserkennung nicht flächendeckend ausgerollt und die Nutzung staatlicher Apps nicht vorgeschrieben werden. Ebenso dürfen Eingriffe in Grundrechte nie ohne menschliche Kontrollinstanzen automatisiert und algorithmisiert sein.

Kampf gegen Computerkriminalität

Trotz der gesellschaftlich und wirtschaftlich erforderlichen Rechte auf Verschlüsselung und Anonymisierung darf die innere Sicherheit nicht hintanstellen. Die FREIE WÄHLER-Fraktion will, dass auf allen Ebenen in die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und in staatliche IT-Infrastruktur investiert wird, um Sicherheit gewährleisten zu können, ohne unsere Grundrechte und unsere freie Gesellschaft beschneiden zu müssen. Unsere Sicherheitsbehörden müssen in der Lage sein, den Missbrauch digitaler Technologien mit einer Kombination aus High-Tech und personalaufwendiger klassischer Ermittlungsarbeit bekämpfen zu können, ohne dass wir das technische Sicherheitsniveau durch Mitlesefunktionen in verschlüsselter Kommunikation aufweichen müssen.

Es muss daher eine Mitwirkungspflicht von Internetdiensteanbietern zur Ermittlung bei Rechtsverletzungen sowie zur Löschung von illegalen Inhalten verankert sein. Insbesondere großen Diensteanbietern, die Inhalte von Dritten weiterverbreiten – also vor allem soziale Netzwerke und Sharing-Plattformen – müssen anhand von Funktionsumfang, Größe und Struktur derart zur Verantwortung gezogen werden können, dass sich Täter nicht durch Abwanderung auf andere Plattformen dem Zugriff des Strafrechts entziehen können. Auch bei Desinformation, Fake News, Hassrede, Verunglimpfung, Bedrohung, Jugendschutzverletzungen und ähnlichem müssen angemessene und schnelle Eingriffs-, Lösch- und Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Angeknüpft werden könnte an einem verpflichtenden Beschwerdemanagement mit festen Ansprechpartnern für die Strafverfolgung, um effektive und transparente

Meldewege zu eröffnen und Inhalte schnell entsprechend kennzeichnen zu können, beispielsweise im Vorfeld von Wahlen.

Internethandel und der Schutz von Verbrauchern und Umwelt

Beim Internethandel müssen die Plattformbetreiber für die Zulassung von Händlern und Produkten Verantwortung tragen. Es muss sichergestellt werden, dass Steuerzahlungen geleistet werden und Produkte und Leistungen den europäischen Anforderungen hinsichtlich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz entsprechen. Um betrügerische Angebote bekämpfen zu können, müssen ein effektives Beschwerdemanagement sowie automatische Überprüfungen sichergestellt werden. Darüber hinaus können auch eine Schadensersatzpflicht durch die Plattformbetreiber sowie eine Verpflichtung der Plattformen zur Verifizierung der Identitäten von Verkäufer den Schutz vor betrügerischen Angeboten verbessern. Die entsprechenden Plattformunternehmen müssen verpflichtet sein, mit den jeweiligen staatlichen Behörden effektiv und effizient zusammenzuarbeiten.

Faire Arbeitsbedingungen, attraktive Innenstädte und ein starker ÖPNV – anstatt Paketsteuer und Internetmonopole

Um die Attraktivität von Ladengeschäften und innerörtlichen Einkaufsstraßen zu erhalten, fordern wir faire Löhne und ordentliche Arbeitsverhältnisse für Beschäftigte in Lager und Auslieferung. Gerade in der Corona-Krise haben wir festgestellt, wie wichtig die Logistik- und Lieferbranche für uns ist. Die Marktmacht der Online-Händler stützt sich zu einem großen Teil auf prekäre Arbeitsverhältnisse. Wenn hier faire, sichere und gesunde Beschäftigungsverhältnisse herrschen, dann hat auch der stationäre Einzelhandel eine wirtschaftliche Perspektive mit Zukunft. Im Zusammenspiel mit modernen Verkehrsangeboten und einem starken ÖPNV erhalten wir attraktive Innenstädte und senken die Schadstoff- und CO₂-Belastung durch den ausufernden Lieferverkehr. Wir FREIE WÄHLER im Landtag wollen ein ausbalanciertes Gesamtkonzept, bei dem alle gewinnen – nicht aber ein „Herumdoktern“ an einzelnen Symptomen mittels ungelinker Verwaltungsideen.

Um eine Marktdominanz einzelner Anbieter zu erschweren und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, erscheint ein Recht auf Datenportabilität sinnvoll. Nutzer würden dadurch mehr Kontrolle über die Verwendung ihrer Daten erhalten und insbesondere der Wechsel zwischen Anbietern wäre leichter.

Medienkompetenz als Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen und für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe

Im digitalen Zeitalter müssen der reflektierte und kreative Umgang mit digitalen Produkten ebenso erlernt werden wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Denn nur kritische und kompetente Nutzer können sich in einer digitalen Welt sicher zurechtfinden. Angesichts von Cybermobbing und der Algorithmisierung von Verhalten, Meinungen und Identitäten wollen wir nicht nur mehr Bildung für kritische Medienkompetenz fördern, sondern auch technische Qualifikationen, die für eine erfolgreiche und innovative Wirtschaft mit Industrie 4.0 und zunehmender Automatisierung erforderlich sind. Unsere Industrie, der Mittelstand, freie Berufe und die bayerischen Beschäftigten müssen als Gewinner aus dem globalen Strukturwandel und dem weltweiten Standortwettbewerb hervorgehen. Vor allem ländliche Gebiete sollen von der Digitalisierung der Wirtschaft und des Lebens – von attraktiven Arbeitsplätzen bis hin zu eGovernment und Rathaus 4.0 – profitieren.

Medienpolitik und der freie Zugang zu Wissen und digitalen Inhalten

Sozialverträgliche und demokratische Medien- und Digitalpolitik bedeutet für uns FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag auch, den dualen Rundfunk zu wahren, den flächendeckenden Ausbau der Mobilfunk- und Breitbandversorgung voranzubringen und für eine offene Gesellschaft einzustehen, die jedem eine digitale Teilhabe und einen freien Zugang zu Wissen in der digitalen Welt ermöglicht.

Zu den technischen und regulatorischen Voraussetzungen für eine freie digitale Teilhabe zählen zudem Netzneutralität und ein freier Markt für digitale Endgeräte. Der Zugang zur Nutzung von Datennetzen als auch die Übertragung von Daten im Internet müssen frei von Diskriminierung sein. Es muss sichergestellt sein, dass Internetdiensteanbieter nicht vorschreiben können, welche Geräte Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden in ihren Räumen zur Verbindung mit dem Internet einsetzen. Dadurch kann zugleich sichergestellt werden, dass das öffentliche Telekommunikationsnetz technisch gesehen in der Wanddose des Nutzers endet. Der öffentliche Teil des Netzes darf nicht in den privaten Bereich beziehungsweise in das private Netzwerk hineinreichen.